



# Ist das schon Atommüll?

Es geht weder um Kernbrennstäbe noch um anderen Atommüll aus dem Reaktorgebäude. Bei einem Infoabend in Harrislee wirbt Grünen-Minister Robert Habeck für die Deponierung von sehr schwach radioaktivem Bauschutt aus den Nebengebäuden von Brunsbüttel und Krümmel. Für die Deponiegegner ist das schon Atommüll. Seite 6



Der Minister als Moderator verspricht, dass kein Atommüll nach Harrislee kommt: „Andernfalls müssten wir die Natur entsorgen“, sagt Robert Habeck.

FOTOS: MICHAEL STAUDT

# Angst vor dem Makel des Atommülls

Bei einem Infoabend in Harrislee wirbt Grünen-Minister Robert Habeck für die Deponierung von sehr schwach radioaktivem Bauschutt

**HARRISLEE/KIEL** Ob er es insgeheim bedauert, so ein transparentes Verfahren beim Rückbau der drei Atomkraftwerke angestoßen zu haben? Robert Habeck hätte sich einfach zurücklehnen können und die Betreiber Vattenfall und Eon für ihre Meiler Brunsbüttel und Krümmel selbst Deponien suchen lassen können: „Ich habe mich da reingedrängt aus Leidenschaft für Prügel“, sagt der Kieler Umweltminister ironisch – unmittelbar bevor er am Dienstagabend 400 beunruhigten Bürgern aus

den deponienahen Ortsteilen von Harrislee, Handewitt und dem dänischen Pattburg erklärt, warum dieser sehr schwach radioaktive Abfall überhaupt abgerissen und deponiert werden soll. Atomkraftgegner Habeck ist zutiefst überzeugt, dass zum Atomausstieg mehr gehört als ein Betonmantel um einen Meiler, um die Entsorgung den Enkeln weiterzureichen. Habecks Beispiel ist das Atomversuchsschiff Otto Hahn, dessen Reaktor einbetoniert und vergessen wurde. Heute gebe es weder Pläne noch Mitarbeiter mit Know-how. Das soll bei Brunsbüttel, Krümmel & Co nicht nochmal passieren.

In der Harrisleer Holmberghalle macht Habeck klar, dass es bei der Deponierung nicht um um die zwei Prozent hoch, mittel oder auch schwach strahlenden Atommüll aus Brennstäben, Reaktor und Kerngebäude gehe. Es gehe um den Abriss des sogenannten Überwachungsbereichs der umliegenden Gebäude – um ein ganz normales Industriegebiet mit 70er-Jahre-Rückständen an Beton und Asbest bis hin zu Küchenabfällen. Gleich drei promovierte Experten hatte Habeck mitgebracht, die unter anderem erklärten, wie die Abfälle „freigemessen“ werden und dass nur unterhalb der Grenze von 10 Mikrosivert deponiert werde. Und hier sei man im Bereich der natürlichen Radioaktivität – eine Größenordnung, die jenseits der Deponiegrenzen am Ellunder Weg gar nicht mehr nachweisbar seien.

Die Harrisleer haben das Pech, dass am nordwestlichen Zipfel ihrer Gemeinde an der Betonstraße mit der Firma Balzersen wenige hundert von der dänischen Grenze entfernt eine geeignete Deponie liegt – als einer von sieben möglichen Standorten in Schleswig-Holstein (siehe Karte). „Nur wenige Themen lassen unsere inneren Alarmglocken so ertönen wie die Kernkraft“, sagt Harrislees Bürgermeister Martin Ellermann. Er und seine Gemeindevertreter haben sich reserviert geäußert, aber nicht abschließend positioniert. Es ist den Kommunalpolitikern aber anzumerken: Sie fürchten den Makel der Atommülls. Ellermann nennt es anders: „Gefühle sind nicht verhandelbar.“ Habeck verspricht den Harrisleern zweierlei: „Es ist kein Atommüll, und es gibt noch keine Standortentscheidung.“

Dann sind die Bürger dran. Der Handewitter Peter von der Wehl sagt, sein



sh:z-Grafik: Yalim  
Der Standort Harrislee ist der einzige geplante im nördlichen Landesteil.

Ortsteil Gottrupel sei wie Pattburg näher an der Deponie als die Gemeinde Harrislee. Er will wissen, warum das Material nicht recycelt wird, wenn es doch Bauschutt sei. Habeck verspricht, diese Stoffe würden bei einem Prüfschritt zusätzlich besonders sorgfältig angeschaut – und bedeckt mit normalem Bauschutt. Jörg Wolff von der neuen Harrisleer Bürgerinitiative fasst das Generalmisstrauen gegen Atomkraft und Betreiber so zusammen: Die Elbmarschen hätten weltweit die höchste Kinderkrebsrate. Dann fragt er nach plutoniumhaltigen Kügelchen, die einst in Geesthacht aufgetaucht sein sollen. Einer von Habecks Experten, der Strahlenbiologe Dr. Jürgen Müller hat in den 90er Jahren bereits in den Kommissionen gearbeitet, die diesen Themen nachgegangen sind. Sein Statement zur neuen Gefahr auf der Deponie: „Das Strahlenrisiko, das wir sowieso haben, steigt von 25 Prozent auf 25,001 Prozent.“ Eine Frau, die sich als Mitglied der alten Anti-AKW-Bewegung von der

Unterelbe vorstellt, verlangt, dass nichts rein und nichts raus dürfe aus den alten Atommeilern – worauf Habeck mit dem symbolhaften Beispiel des Atomversuchsschiffs Otto Hahn antwortet: „Wir müssen die Atomkraftphase beenden. Nichts zu tun, ist keine Option.“

Apenrades Bürgermeister Thomas Andresen hatte die Dänen dazu aufgerufen, an dieser Informationsveranstaltung auf deutscher Seite teilzunehmen. Zig Dänen waren dem Aufruf gefolgt: „Wir haben uns damals in Dänemark entschieden, dass wir keine Atomkraft wollen, und in meiner Welt ist Belastung grenzüberschreitend“, sagte Andresen.

Habeck erklärte, die Deponiegegner spielten mit der Angst der Bürger. Die Strahlung auf der Deponie sei von der Umgebungsstrahlung nicht unterscheidbar: „Dann müssten wir die Natur entsorgen“, sagt Habeck.

Andere Fragesteller verlangten, gar keinen gefährlichen Müll aus der Überwachung zu geben und fragten, ob auch wirklich jeder Sack Müll geprüft werde, in welchem Zeitintervall gemessen werde und ob Verdünnungseffekte wie im Lager Asse ausgeschlossen werden könnten.

Wenn er mit diesem Projekt einer „Verantwortungsgemeinschaft“ scheitere, dann müssten Vattenfall & Co doch wieder selbst geeignete Deponien suchen, sagt Habeck – das bekämen die Bürger aber womöglich gar nicht mehr mit. Und: Er gehe davon aus, dass die Deponiebetreiber nichts gegen den Willen der Bürger und die Gremien der betroffenen Gemeinden einlagern.

Die Deponiebetreiber saßen in der ersten Reihe, äußerten sich bei der Veranstaltung aber nicht. Carlo Jolly



Insgesamt mehr als 400 Interessierte waren in die Harrisleer Holmberghalle gekommen.

sh:z das medienhaus

## LEBEN MIT

...tion, wie die Wohnungsbau-  
s dieses Gut mit einem  
n und die Verbundenheit der  
und zur Heimat stärken.

www.shz.de